

onjum- u. Sparverein
Neuenbürg.
Kartoffelrechnungen im
Schäftszimmer abholen. Be-
zahlung kann dort gleichge-
richtet werden.

urnerfangverein
Neuenbürg.

Samstag abend 8 Uhr
Herold. Versammlung
Mitglied Schäfer (Helm-
er). Erscheinen sämtlicher
Mitglieder und passiven Säng-
ern notwendig.
Der Sängervorstand

Sämtl. ehemal.
Olga-Dragoner
des Bezirks
ich sich zu einer
Besprechung
treffs Regiments-Herst an
ds. Mts., nachm. 2 Uhr.
Gasthof „Bären“ ein-
finden.

Der Einberufener.
Neuenbürg.

Verloren
auf dem Wege von der
Veramtsparafosse bis zu
Hill 400 Mark. Ab-
geben gegen gute Belohnung
der „Enztaler“ Geschäfts-
le.

Dennach.
Sum Sticken
aller Art
nach Namen) wird Ware an-
genommen bei
Erna Hummel.

Herrenalb.

Verkaufe eine schwere

Kälber-
Ruh

dem 5. Kals und eine
Fahrkuh,
die zwei junge, raffige
Schnauzer.
Friedrich Wernig.

Calmbach.

Entbehrlichkeitshalber ver-
kaufe ich 1 bis 2

Kalbinnen

richtig und neumelzig, sowie
gewöhnt.
zu extragen in der Ge-
schäftsstelle des „Enztalers“.

Birkenfeld.

Einen Buch schöne

Milch-
weine

zu verkaufen

Hilfsmittel für „Edmen“.

Kranke!

erschlechte, auch veraltete
mit meinem vielbe-
14 Tagen. Zahlreiche
gegenüber. Preis 25 M.
ager, Bremen,
Hft. 9-10 u. 3-4 Uhr.

gut und billig kleiden?

Ele

Heberzieher

350, 300, 250 u. 190 M.

ischen-Anzüge

250 und 200 M.

ker Stad, Pforzheim.

billigen Preise.

Karten

Buchdruckerei.

Bezugspreis:
Jahresabonnement in Neuenbürg
M. 12.50. Durch die Post
in Ost- und Oberamt-
bezirk sowie im sonstigen
abwärtigen Bezirke M. 16.50
mit Postbestellgeld.
Je 100 von höherer Ge-
halt besteht kein Anspruch
auf Lieferung der Zeitung
oder auf Rückerstattung des
Bezugspreises.

Bestellungen nehmen alle
Buchhändler, in Neuenbürg
außerdem die Austräger
jedenfalls entgegen.

Abkonto Nr. 24 bei der
C. A. Spatasse Neuenbürg.

Der Enztaler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.
Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Druck und Verlag der C. A. Spatasse Neuenbürg (Inhaber D. Strom). Für die Schriftleitung verantwortlich D. Strom in Neuenbürg.

Nr. 251.

Neuenbürg, Samstag, den 29. Oktober 1921.

79. Jahrgang.

Rundschau.

Monatlang ist die Öffentlichkeit mit dem Gedanken einer
Verbreiterung der Regierungskoalition im Reich wie im
Württemberg beschäftigt worden. Man hat sich die Köpfe ge-
schunden, wie es zu ermöglichen sei, von rechts her die deutsche
Folkspartei, von links die alte Sozialdemokratie und womög-
lich auch noch die Unabhängigen zu einer großen tragfähigen
Stütze zusammenzuführen, um in der inländischen wie in
der ausländischen Politik durch geschlossenes Auftreten größe-
ren Nachdruck zu erzielen. Aber es waren wieder einmal nur
Scheitern. Obgleich in Berlin nur ein Reichsministerium,
bestehend aus Vertretern des Zentrums und der Sozialdemokratie,
eine Ausnahme bildet der Reichswehr-
minister Heßler, der aber von der Deutschen Demokratischen Par-
tei ausdrücklich neutralisiert worden ist. Die Tragfähigkeit ist
nicht größer, sondern kleiner, die parlamentarische Arbeit
wird völlig vereinfacht geworden. Ob dies seine Bedeutung
auch in der künftigen Zusammensetzung unserer württembergi-
schen Kabinette finden wird, steht noch dahin. Tatsache ist
dennoch, daß die Sozialdemokratie ihre Beteiligung an der
Regierung auch bei uns forciert. Zunächst geht der Kampf
gegen das Ministerium des Innern. Es ist ausnahmslos ge-
wunden, den vom Vertrauen des Volkes getragenen Minis-
ter des Innern Graf zu beseitigen und ihn durch seinen Vor-
gänger Heymann wieder zu ersetzen. Jetzt scheint man das
Ministerium des Innern untergraben oder ausbilden zu wol-
len. Auf der einen Seite wird versucht, aus dem Bereich der
Rechtsprechung wichtige Arbeitsgebiete, wie das Veterinärwesen,
die Verkehrsfragen und die Elektrizitätswirtschaft herauszu-
schneiden, auf der anderen Seite es immer mehr mit unange-
nehmen Aufgaben zu belasten, die es beim Volke unbeliebt ma-
chen sollen. Dazu gehört, daß das Reich die Mitwirkung der Fi-
nanzminister bei der Erhebung der württ. Wohnsteuern abge-
lehnt hat, der Versuch, die Verwaltungsbehörden, in erster
Reihe die Gemeinderäte und Oberämter, die ohnehin schon über-
lastet sind, mit dem Einzug dieser Steuern zu betrauen. Man
müht die Köpfe und man wird verstimmt. Wozu ist denn
das Arbeitsministerium da? Man hört und sieht kaum mehr
etwas von ihm, außer, wenn es sich wegen der Kartoffelbreite
mit den Erzeugern herumschlägt. Am liebsten kann man leben,
wenn man es mit der Verrechnungslücke gebracht haben: Würt-
temberg steht jetzt ohne Steuerertragsbehörde da.

Wir haben es ja auch sonst herlich weit gebracht. Aus der
Reichsregierungskrise wegen des Verfalls von Oberschleien
ist ein neues Kabinett der Unterwerfung geworden. Es soll
ein Geschäftsbereich sein, d. h. also wohl kein endgülti-
ges Kabinett, sondern nur ein Notbehelf. Allein, es hat nicht
zu geringen Einschnitten, als ob das zweite Kabinett Wirth, das
bisherig und erst in letzter Stunde zustande kam, und das
Reichsaussenministerium Rathenau zunächst nicht lösen
würde, sobald sich eine breitere Basis finden werde,
eine lange Lebensdauer befähigen werde. In Lebens-
dauer steht es natürlich alle Tage. Der Reichstag war nur
in einen Tag bekommen und hat die Regierungserklärung
in überschüssigen Frage am Mittwoch in einer bis Mittwoch
nach bayerischen Sitzung mit 200 gegen 132 Stimmen ge-
billigt. Die Mehrheit setzte sich zusammen aus dem Zentrum, den So-
zialdemokraten, den Unabhängigen und den Demokraten, wobei
die Demokraten ausdrücklich erklärten, daß sie lediglich der Er-
klärung der Regierung zustimmen. Bis zum Wiederauftritt
des Reichstags am 3. November kann noch manches
geschehen. Wir haben gegen die Entscheidung des Reichstags
und der Reichsversammlung eine Reichsversammlung ein-
gelegt, entfallen aber gleichwohl einen Kommissar zu den Ver-
handlungen mit Polen. Der Reichsführer hat bewegliche
Borte für das himmelstreichende Unrecht gefunden, das uns
das rechte Licht gerät. Aber die richtigen Konsequenzen dar-
aus zog er nicht. Wodurch verstand man es, dem deutschen
Volk die Meyern auf die Augen zu spannen, man sprach in gro-
ßen Tönen von neuer deutscher Politik, inszenierte Kabinetts-
wechsel und schließlich blieb doch alles beim Alten. Die vorige
Regierung, d. h. Dr. Wirth, erklärte doch, sie stehe und falle
mit der Regierung. Nun ist Oberschleien zwar gefallen, aber die
neue Regierung steht. Wie lange wohl? Ein schwacher Trost,
daß sie nur Übergangsminister sein soll. Komödie, deutscher
Dank! Wir haben bereits aus den Reihen der Freunde. Wir
hängen uns daran nicht zu verwundern, müssen nach den
Vorgängen der jüngsten Zeit innerlich ihnen recht geben.
Nun wir nach solchem Verhalten verantwortlicher deutscher
Politiker noch erwarten, daß sie, daß Deutschland noch ernst
genommen wird? Nein! Ohne ein Wort darüber zu ver-
lieren, ging Briand im französischen Senat über die deutsche Ein-
mischung gegen das Unrecht in Oberschleien hinweg. Die
Entscheidung, daß diese Protestnote von den Weagern nicht als
Rechtsverletzung angesehen würde, und daß sie nicht geeignet
ist, den unverletzlichen Rechtsanspruch Deutschlands auf Ober-
schleien für die Zukunft zu sichern, hat sich leider nur allzu-
schon bestätigt. Briand hat im französischen Senat bereits
erklärt: Deutschland habe den Schiedsspruch des Völker-
tribunals angenommen. Deutschland braucht Männer, die sich
nicht in solchen Reden ergeben, um dann, wenn es gilt, Rück-
post zu zeigen, amüsanten. Weil Zentrum und Sozialdemo-
kratie nicht den moralischen Mut und die Einsicht in die po-
litischen Notwendigkeiten aufbrachten, um den Entschluß der
Reichsversammlung als Rechtsverletzung zu verwerfen, und
so auch die Nichtanerkennung des Völkertribunals anzupreisen,
hat Briand und mit ihm die ganze Entente die Frage als
sachlich an der einzige günstige Augenblick, in dem für unser
Zukunftsaussicht auf Oberschleien eine feste Rechtsbasis
in Aussicht zu sein, die geschaffen werden konnte, ist von der
neuen deutschen Regierung unter Verantwortung des Reichs-
führers Dr. Wirth verfaßt worden. Der Termin, der für
den Abzug an das Völkertribunal an Vertragstreue und in-
ternationales Recht blieb, ist verfallen, ist in einer schwach-
willigen Anwendung verfaßt worden, und damit ist Ober-
schleien preisgegeben. Bereits regt sich in den Reihen der

Deutschdemokraten der Widerstandsgedanke über dieses Ver-
halten, man erklärt es als ungeschicklich, eine Regierung auch nur
moralisch zu unterstützen, die in einem entscheidenden Augen-
blick in den entscheidenden Lebensfragen verfaßt und ihren
Worten nicht die entscheidende Tat hat folgen lassen. Über
diesen nicht mehr auf zu machenden Fehler heissen große Reden,
die der Reichsführer nach verlorenen Schlachten nun wieder
halten will, nicht hinweg. Frankreich arbeitet auf die Ver-
nichtung Deutschlands hin, es will das linke Rheingebiet, es
wird — kommen wir unseren Verpflichtungen nicht nach —
das Ruhrgebiet besetzen und vielleicht noch manches andere.
Wir müssen noch viel tiefer ins wirtschaftliche und politische
Glück verfallen, bis der rettende Gedanke sich allgemein Bahn
bricht: Wir müssen, nicht wir wollen, sein ein einzig Volk
von Brüdern! An der Börse, die sonst als wirtschaftlicher
und politischer Gradmesser galt, ist gleichzeitig eine Fortsetzung
der tollen Wänsche, die die Spekulationspapiere nur so lund-
bertprozentweise in die Höhe treibt.

Au der Tragödie Deutschlands gefellte sich in dieser Woche
die Komödie in Ungarn. Der ehemalige Kaiser Karl von
Österreich hat es nochmals versucht, wenigstens die Stephans-
krone des ungarischen Königtums zu retten. Der Versuch ist
ebenfalls kläglich ausgefallen wie seinerzeit der Österreich-
erfolg. Dabinter steht Frankreich, das um jeden Preis durch
die Restauration der Habsburger in Ungarn den späteren An-
schluß Österreichs an Deutschland verhindern und durch eine Do-
minanzposition weiterhin auch den deutschen Süden vom Ror-
den trennen will. Jetzt ist der Mann, der dem monarchisti-
schen Gedanken schon so viel geschadet hat, in einem Kloster
am Vlatenice. In Deutschland hat man für den Rastoffel-
hülden, der von jeder ein Verräter an der deutschen Sache war,
nicht die geringsten Sympathien, sondern nur ein Achselzucken
abruft. Die Große und die Kleine Entente werden jetzt wohl
für keine Umschälumachung sorgen.

Deutschland.

München, 28. Okt. Die Korrespondenz der Bayerischen
Volkspartei erklärt, daß die neueste Tat des Zentrums (Unter-
werfung unter das Genfer Diktat) dazu beitragen werde, die
Lage zwischen der Bayerischen Volkspartei und dem Zentrum
noch mehr zu klären.

Berlin, 28. Okt. In der gestrigen Sitzung des vorläufigen
Reichswirtschaftsrats wurden die Vorschläge des Ausschusses für
Behebung der Wohnungsnot mit überwiegender Mehrheit an-
genommen, wonach das Wohnungswesen selbst die Mittel zum
Neubau aufbringen soll. Das Mietenergesetz in seiner bis-
herigen Form wurde abgelehnt und verlangt, daß die Steuer-
einzüge so hoch bemessen werden, daß sie die Hausbesitzer
beden und nicht nur die Folgen der Anleihen, wie es das Miet-
energesetz vorseht.

Was ein Times-Korrespondent in Deutschland sah.

München, 27. Okt. Die „Times“ hat einen eigenen Aus-
schnitt nach München geschickt, der sich hier über acht Tage
aufgehalten hat und nun bereits am dritten einer unglück-
lichen Eigenart angelangt ist. Was dieser „Spezialkorre-
spondent“ des englischen Blattes sich an Ärgern, an Verleum-
ungen und Oede aus seinen Fingernägeln laugt, ist so un-
glücklich, daß es den Stempel der Entschädigung an der Stirne
trägt. Wenn er schreibt, daß in München ein Washington-
gelehrter mit drei Läufern, das in der Minute 6000 Schuß abgeben
könne, erfinden worden sei, so ist der englische Ausnahmefall
sicherlich einem verkränkten Aprilscherz zum Opfer gefallen.
Wenn er weiter behauptet, die fürchterliche Explosionskatastrophe
in Opatowitz sei mit auf Veranlassung der Herstellung neuer Kriegs-
mittel zurückzuführen, so ist das nur eine Fortsetzung jener
Dinge gegen Deutschland, die die „Times“ besonders auszeich-
net. Es ist schon sehr viel in der ausländischen Presse über
Deutschland und besonders über Bayern zusammengelogen
worden. Diefem Spezialauschnitt des Norddeutschen
aber ist es vorbehalten, jeden Reform in geradezu phantastisch
religiöser Verleumdung zu schlagen.

Der Einspruch gegen den Genfer Entscheid und die Parteien.

Berlin, 28. Okt. Über die Vorgänge, die zu der Ablehnung
des Antrags der Reichsparteien im Reichstag auf Erhebung
eines ausdrücklichen Einspruchs gegen den Entscheid von Gen-
f geführt haben, schreibt der „Vorwärts“, daß es nicht wahr sei,
Wirth habe durch Rührtrübsandlungen die Ablehnung erzwin-
gen. Wirth habe nur gesagt, daß dieser Antrag ein ganz über-
flüssiger Zusatz zum Antrag Marx-Wels sei und daß er diesen
Zusatz ablehne. Das Zentrum hat sich darauf entschlossen, mit
Wein zu stimmen. Dadurch wäre auch für die Sozialdemokraten
klare Bahn geschaffen worden, die sich sonst hätten überlegen
müssen, ob sie nicht der Resolution hätten zustimmen müssen.

Treue um Treue!

Einen traurigen Zug aus der Reichstags-Sitzung, in der
Oberschleien entschieden wurde, verzeichnet der „Ver-
liner Lokal-Anzeiger“. Ein Telegramm des Provinzial-Aus-
schusses von Schleien war beim Reichstage eingegangen. Un-
terschieden war es von sämtlichen Parteien, den Deutsch-
nationalen bis zu den Reichssozialisten, und forderte vom
Reichstage die Ablehnung des neuen Entschlusses. Präsident
Voche gab es einem Schriftführer, der es holpernd und kaum
verständlich vorlas. Kaum jemand von den Abgeordneten hatte
hin, und, als ob nichts geschehen wäre, ging die Erörterung
weiter. Das ist eine kleine Einzelheit aus der vorgestrigen
Sitzung, die fast einen symbolischen Charakter für sich be-
spruchen darf.

Oberschleien nach dem Spruch.

München, 27. Okt. Die Stimmung der Bevölkerung in
Oberschleien ist unverändert gedrückt. Der Rückgangstrom,
der in den ersten Tagen nach Bekanntwerden der Entscheidung
aus den an Polen abzutretenden Gebieten, besonders aus der
Gegend von Königsbrunn und der Stadt Königsbrunn selbst,
eingeflohen war, ist anfangs dieser Woche wieder etwas abge-
klaut. In Rattowitz laufen heute schon polnische Offiziere in

voller Uniform herum. Die Stadt Rattowitz, in der noch vor
einigen Tagen die polnische Fahne wehte, ist jetzt wieder ohne
Flagge, da der Reichsminister das Ausheben der Fahne
verbieten hat. An der Westgrenze des Kreises Rattowitz be-
nehmen sich die Polen immer dreist.

Stresemann über die Preisgabe Oberschleiens.

Stresemann schreibt: „Wir Deutsche haben schon öfter
außenpolitische Mißerfolge dadurch ertragen, weil wir nicht
verstanden, in würdiger, aber auch fester Weise unsere Haltung
gegenüber den fortgesetzten Vergeßlichkeiten zum Ausdruck
zu bringen, denen wir ausgesetzt sind. Wir haben in der Aula
der Berliner Universität einen lobenswerten Protest gegen den
Frieden von Versailles erhoben, und dann ist die Annahme des
Friedens von Versailles erfolgt. Wir haben in der Frage des
Londoner Ultimatus Rundgebungen aus dem ganzen Reich
erlebt, die das Niemals ausdrückten, und dann gefahren, daß das
Ultimatum angenommen wurde. Wenn man uns Städte wie
Rattowitz und Königsbrunn vom Körper des deutschen Reichs
löscht, ohne daß wir in feierlicher und formeller Weise da-
gegen für alle künftigen Zeiten Einspruch erheben, dann muß
die Welt draußen denken, daß wir uns innerlich mit diesem
Verlust bereits abgefunden hätten. Würde die Deutsche Volks-
partei von ihrem Standpunkt abgesehen haben, wäre sie, ohne
daß ihre Grundzüge sich durchsetzen, in eine Regierung einge-
treten, die auf einen solchen Protest verzichtete, dann wäre
dieser Einspruch noch verstärkt worden.“

Die geknechteten Deutschen.

Frankf. 27. Okt. Der Klub der Abgeordneten der deutschen
Nationalpartei erteilt einen Aufruf, in dem es heißt: Wir haben
im Parlament deutlich erklärt, daß wir alle Vergeßlichkeiten der
Regierung für die Mobilisierung für die Schiedsgerichte halten. Wir
sind weder gebört worden, noch imstande, unsere Volksgenossen
vor dem Anmarsch in das tschechoslowakische Meer einzuschließen
zu werden, zu schützen. Es möge aber die europäische Öffentlich-
keit wissen, daß wir nicht als freie Menschen, sondern als
Knechte in den Krieg ziehen, an deren Händen Sklavenketten
tasteln.

Ausland.

Nach keine Aufhebung der militärischen Sanktionen.

Auf Antrag der französischen Regierung ist die Beratung
und Beschlußfassung über die Aufhebung der militärischen
Sanktionen gegen Deutschland in der kommenden Sitzung der
Völkerkonferenz von der Tagesordnung abgesehen worden,
da man erst zuwarten will, ob Deutschland die nächste Mil-
lärde Goldmark richtig zahlt.

Wie deutsche Proteste behandelt werden.

Der deutsche Protest gegen die oberhalbige Entscheidung
ist wieder von der Völkerkonferenz nach dem französischen
Ministerpräsidenten Briand zur Kenntnis genommen worden.
„Deutschland hat angenommen.“

Paris, 27. Okt. In der heutigen Sitzung des Senats in-
terpellierte der Senator Dreyer de Jonnel über die aus-
wärtige Politik der Regierung und das Programm, das Frank-
reich auf der Konferenz in Washington unternehmen sollte. Der
Senat dürfe den Ministerpräsidenten nicht abweisen lassen wie
Wilson 1918 Washington verlassen habe ohne zu wissen, daß
das Land hinter ihm stehe. Der Senat müsse der Regierung
seine Einwilligung geben und Briand zum wirklichen Wort-
führer Frankreichs machen. Die Frage der militärischen Ab-
rüstung sei eng verknüpft mit dem Problem der Abrüstung zur
See. Bei dem augenblicklichen Zustand könne man nicht ver-
weilen, denn 60 Millionen rüsten sich gegen Frankreich.

Ministerpräsident Briand beantwortete die Interpellation
sicher und erklärte, verschiedene Fragen hätten die Regierung
und das Parlament denkwürdig: erstens die Sicherheit Frank-
reichs und die Entloftung Deutschlands, zweitens die ober-
halbige Frage. Hinsichtlich der ersten Frage wiederholte Bri-
and den Bericht des Generals Klotz und erklärte, im Augen-
blick sei Frankreich außer Kriegsgefahr. Die Frage der habs-
burgischen Einwohnerwehren sei durch die Autorität des Reichs-
führers Dr. Wirth geregelt worden. Es frage sich aber, ob
er immer so werden können können. Deshalb unterhalte Frank-
reich bei seinen Alliierten die Meinung, daß ein Druck auf
Deutschland notwendig sei. Die Frage von Oberschleien be-
handelte Briand historisch und lobte die angebliche Unpartei-
lichkeit des Schiedsspruches des Völkertribunals. Deutschland
habe ihn angenommen (1). Die Angelegenheit
sei geregelt. Nach Erwähnung des Abkommens mit der
Regierung von Angola wies Briand auf die Vorteile des Wie-
badener Abkommens hin. Alle Welt sei davon überzeugt, daß
eine internationale gegenseitige Hilfe notwendig sei. Falls
Deutschland sich zahlungsunfähig erklären sollte, würde man es
darauf anmerken machen, daß der gesamte Reichs-
schatz seiner Staatsangehörigen als Pfand für die
Zahlungen zu gelten hat. Briand erklärte, die deut-
schen Großindustriellen, Großfinanziers und Großgrundbesitzer
seien durchaus zahlungsfähig und bemerkt dann weiter: Es
gibt zahlungsunfähige Leute, besonders in der Deutschen Volks-
partei. Die Volkspartei müsse bezahlen. Schließlich betonte
Briand, er allein habe das Ruhrgebiet nicht besetzen können.
Solange Deutschland seine Verpflichtungen erfülle, werde man
nicht handeln. Frankreich sei mehr als jeder andere dem
Frieden ergeben. Der Senat sprach Briand mit 30 gegen
9 Stimmen das Vertrauen aus.

General Bourgeois über die französischen Schützen im Rhein- land.

Paris, 27. Okt. Im „Figaro“ gibt General Bourgeois
Eindrücke wieder, die er kürzlich auf einer Rheinlandreise em-
fangen hat. Er glaubt getrost behaupten zu können, daß die
französisch-deutschen Annäherungsversuche Rückschritte und
daraus keine Fortschritte machten. Die Schuld daran trage
lediglich das Verhalten der französischen Beamten und Mil-
itärpersonen, ganz besonders aber die Art, wie diese sich im
besetzten Gebiet einrichteten. Wörtlich führt der General da-



Kreisarchiv Calw

October 1921.

20. Oktober 1921.

Chr. Dietrich, Turmstr. 95.

Gasthof zum „Nischen“.
Schönberg.

W. Hilfenbrand und H. Kling, Architekten.

46 251.

Ludwig Hecht, Auktionator,
Seehafenstraße 4. Telefon 2210. Markt

in Meinenburg

W. Hilfenbrand und H. Kling, Architekten.